

# Dogmatiker und Doktrinäre der deutschen Gegenwart und August Bebel

Von Genossen Dozent Dr. phil. Heinz Mehner, Sektion Marxismus-Leninismus

In Bonn ist man immer modern, immer up to date, um in der Liebessprache seiner Politiker zu bleiben. Zum modernsten mit gehört zu etwas wie eine neue Sprechregelung in Bezug auf unsere Republik. Man spricht jetzt weniger von der „renommierten“, dafür aber umso mehr von der „dogmatischen“ oder „doktrinären“ DDR. Dahinter verstecken sich einmal Wut und Enttäuschung. Man ist enttäuscht und zornig, weil es nicht einmal den „neuen“ Ostpolitikern gelungen ist, auf ihrem Schicksalspfaden Breschen in die moralisch-politische Einheit des Staatsvolkes der DDR zu schlagen. Man ist es insbesondere, weil im Gegenteil die Hilfe der DDR mit dazu beitrug, das raffinierte Konzept der schleichenden Kontroversion zur Liquidierung der CSSR zu durchkreuzen.

Die neue Sprechregelung ist aber zugleich auch Ausdruck einer Intensivierung der „neuen“ Ostpolitik. Ihr Ziel ist die Herabsetzung des Ansehens der DDR besonders in den Augen der Arbeiterklasse. Sichtlich verpöchtelt man sich davon eine ungestörte Unterminierung unserer Republik und endlich Erfolg bei der gewünschten Isolierung der DDR als Voraussetzung für die angestrebte Beseitigung dieses westlichen Bastions des Sozialismus auf dem Wege nach Osten.

Diese Politik und Taktik finden jüngst auch Eingang in westdeutsche Zeitungen, die, wie beispielsweise die „Welt der Arbeit“, manchmal Annäherungen an realistische Haltung gegenüber unserer Republik und ihrer Politik zeigen. Am 29. Juli dieses Jahres glaubte ein Autor dieser Gewerkschaftszeitung einen „unheilvollen Einfluß... zum Schaden der Entspannung und friedlichen Zusammenarbeit“ ausgerechnet von unserem Staatsratsvorsitzenden befehlen zu müssen. Außerdem belegte er in diesem Zusammenhang Walter Ulbricht auf die blühende, aber desto lehrreicheren Erfahrungen des ersten und zweiten Weltkrieges hin.

Die Reaktion hat seit jeder die Vertreter des revolutionären Proletariats ob ihres Eintretens für eine

wichtige Friedenspolitik im Interesse der werktätigen Massen als Dogmatiker oder Doktrinäre beschimpft. Das können alle, die sich in Westdeutschland so gerne als Machtwörter Bebel und als Farbräder seiner Politik ausgeben, gerade von ihm erfahren.

Anfang Juli 1937, eingeleitet von den geistlichen Ahasen der Kießinger und Strauß unter den Bedingungen des Sozialengesetzes und verurteilte Militärregierung, schrieb August Bebel im illegalen „Sozialdemokrat“:

„Eine ernsthafte Agitation für den Frieden muß den Bruch mit dem Erbesungsrecht als ersten Punkt ihres Programmes vorsetzen, sonst ist sie von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt... Will das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit von einem solchen Friedensgag nicht wissen, so wird es eben die Konsequenzen der jüngsten Politik zu tragen haben. Es wird dann durch Schaden gelehrt werden, daß diejenigen, die man heute als unpraktische Doktrinäre verpöchtelt, schließlich doch recht behalten, wie ja auch bisher die Ereignisse ihnen recht gegeben.“

Diese Überzeugung des Doktrinären Bebel wurde insbesondere gerade von Walter Ulbricht aufgegriffen. Im Januar 1941 erklärte er vor einem Schulungskurs des Nationalkomitees „Freies Deutschland“: „Jetzt steht Deutschland vor der größten und einfachsten Frage, daß der Weg der Eroberung fremden Bodens falsch ist.“ Mit diesen Worten wies Walter Ulbricht auf die blühende, aber desto lehrreicheren Erfahrungen des ersten und zweiten Weltkrieges hin.

Diese Erfahrungen belegten nachdrücklich, daß Bebel's Überzeugung keinen unbewiesenen Doktrinen entsprungen war, sondern sich auf Prinzipien gründete, die aus dem praktischen Klassenkampf abgeleitet und auf dem Boden des Marxismus gewonnen worden waren. Damit wurde sich auch bewiesen, daß auch die Bebel, Liebknecht und Thälmann, die prinzipienfest gegen jede imperialistische Eroberungspolitik gekämpft hatten, die Dogmatiker

und Doktrinäre in des Wortes wahren Bedeutung gewesen waren, sondern jene, die angeblich von Deutschlands Ansehen und friedlicher Zukunft willen, ständig auf nicht anständigen Gebietsforderungen gesteht und schließlich mit Waffen zwang verfahren hatten.

In Westdeutschland wurde diese Politik militaristischer Doktrinäre bis heute fortgesetzt. Die Hallstein-Doktrin bringt das sogar zum Namen nach. Aber auch die Forderung nach den Grenzen von 1937, die Weigerung, das vorbereitende Münchener Abkommen von Anfang an für ungelte zu erklären, der unbedingte Drang nach atomarer Bewaffnung und schließlich die Notlandsgesetze sind unübersehbare Zeugen dieser in der Tat anachronistischen Politik.

Die angeblichen Doktrinäre oder Dogmatiker aber waren vom ersten Tag nach Kriegsende an bestrebt, eine wahrhaft neue Politik in Deutschland durchzuführen. Friedlichen und gutnachbarlichen Zusammenleben mit den anderen Völkern. Ein solches Einverständnis ihres gegenüber anderen Völkern, der Politik der Eroberung und des Raubers, forderte in teilweise wörtlicher Anlehnung an Bebel schon das Programm der Kommunistischen Partei für den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau Deutschlands vom 11. Juni 1945.

Die auf der Grundlage dieses Programms letztlich existierende Deutsche Demokratische Republik arbeitete bis heute unverrückbar an der Verwirklichung dieser Grundzüge. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Friedensgrenze, die Verwirklichung der Münchener Diktata vom Tage der Entschlung an sowie der Kampf gegen Wiederherstellung waren Maßnahmen ihres Weges wahrhaft friedlicher Beziehungen zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern und zugleich zu einem gutnachbarlichen Verhältnis zu kapitalistischen Staaten gehen wollten.

Hier kommt ihr ständiges Bemühen, den Prinzipien der friedlichen Koexistenz auch in den Beziehungen zwischen den beiden deut-

schen Staaten Geltung zu verschaffen und damit die gebaute Brücke gegen die europäische Sicherheit abzubauen. Darauf zielen erneut die Beschlüsse, die die Volkskammer der DDR auf Vorschlag Walter Ulbrichts am 2. August 1963 auf ihrer 10. Tagung faßte und die in dem Angebot an Bonn gipfeln, gemeinsam auf Abrufen und auf Anwendung von Gewalt zwischen den beiden deutschen Staaten zu verzichten, die bestehenden Grenzen und den Status quo in Europa anzuerkennen sowie die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik vertraglich zu vereinbaren.

Wenn daher in Deutschland nach Doktrinären Politik und nach Doktrinen und Dogmatikern Ausschau gehalten wird, dann darf man sie nicht in der DDR suchen. Man muß vielmehr nach Westdeutschland gehen, wo „die Aktivierung der Kräfte des Revisionismus, des Militarismus und Spontanismus... unmittelbar die Sicherheit der sozialistischen Staaten bedroht“ und den Weltfrieden bedroht“ (Erklärung der sozialistischen Staaten von Bratislava). Man wird die Doktrinäre in Deutschland finden, wo man erneut eine bereits zweimal blutig gescheiterte Politik unter dem von Kießinger öffentlich im Rundfunk proklamierten Motto durchführt: „Die Sowjetunion will den Status quo in Europa erhalten. Wir müssen den Status quo zu ändern versuchen...“

Gegen diese antinationale, sozialimperialistische und verbrochene Politik eine Pause, variabel und unter dem Einsatz der jeweils notwendigen Mittel unbederrt zurückzukämpfen, hat nichts mit Dogmatismus, aber alles mit sozialistischer Prinzipienfestigkeit zu tun. Es liegt im Interesse des deutschen Volkes und aller Völker Europas, wenn diese Prinzipienfestigkeit nicht hohl nach Attribut der Politik mancher Sozialdemokraten in Westdeutschland würde, die zwar, wie einer Bebel, als sozialdemokratische Schließbuch in der Tasche tragen, aber völlig im Gegensatz zu ihm einer doktrinären und reaktionären Politik Mund und Stimme leihen.

## TH in Wort und Bild



### Auszeichnungen zum 19. Jahrestag

Auf einem Empfang des Rektors am 19. Oktober wurden aus Anlaß des 19. Jahrestages der Gründung der DDR zahlreiche Hochschulangehörige für hervorragende Leistungen ausgezeichnet, unter ihnen zwei Mitarbeiterkollektive mit dem Statistiker „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“. Herzlich beglückwünscht wurde auch Genosin Dr. Annemarie Böhm (Lehrerin für Betriebswirtschaftslehre und Fremdsprachen), die zuvor in Berlin mit der Verdienstmedaille der DDR geehrt worden war. Unser Foto: Das Kollektiv „Getriebelehre“ der Sektion Maschinenbau, das den Statistiker erhielt.



### MMM-Urkunden für TH-Kollektive

Anlässlich der 1. Bezirksmesse und der X. Messe der Meister von morgen, die im September stattfand, erhielten das in der Sektion Physik-Elektronik-Bauelemente arbeitende Kollektiv „Jonnensbaum“ sowie die Schüler der Spezialklasse Völker Richter und Reinhold Glaser Urkunden „Für ausgezeichnete Leistungen“. Der Aspirant Günter Reiß wurde mit dem Titel „Hervorragender Jungaktivist“ und Günther Haberrecht als Jungaktivist ausgezeichnet. Damit wurden an unsere Hochschule, die zur Bezirksmesse 15 Exponate entsandt hatte, vier Auszeichnungen verliehen. — Unser Foto: Blick auf den Messestand der TH. Foto: Scheiding



### Zehn Jahre im Auftrag der TH

Seit zehn Jahren arbeiten die Kollegen Gerhard Schöbel und Kurt Weibach im Bild links, Mitglieder der FGH „Albrecht Dürer“, ununterbrochen im Auftrag unserer Hochschule. Gemeinsam mit anderen, wie Heinz Rößler (rechts), sorgen sie in fleißiger Arbeit dafür, daß die Bilanz und Gänge der TH-Gebäude immer wieder hell und freundlich aussehen. Wie sie berichten, warde ihre Ende Juni 1954 gegründete Malergesellschaft von 88 auf 223 Mitglieder — ein Ausdruck des Vertrauens, das die Handwerker in der DDR mit sozialistischer Entwicklung haben. — Der FGH „Albrecht Dürer“ zu ihrem Jubiläum herzlichen Glückwunsch und ihren Mitgliedern, die an unserer Hochschule tätig sind, Dank für die gute Zusammenarbeit!

### Herzlichen Glückwunsch

Im September beging Kollegin Martha Müller (Reinigungsbrigade) ihren 78. Geburtstag. Den 63. Geburtstag feierten: Willy Franke (Meister in der Sektion Verarbeitendechnik), Martha Lange (Leiterin der Lichtmesserei), Rosa Tisch (Reinigungsbrigade) und Kurt Ziegler (Heizer). 60 Jahre wurde Kollegin Lisa Härke (Reinigungsbrigade) besonders gratulieren wir Frau Elz Speck zum 70. Geburtstag. Sie gehörte zu den Mitarbeiterinnen, die an unserer Hochschule seit ihrer Gründung tätig waren. Erst vor kurzem schied sie aus ihrem langjährigen Wirkungsbereich, dem bisherigen Prokuratorat für Studienangelegenheiten, aus. — Allen Jubilären weiterhin alles Gute!

## In Forschung und Lehre den Weltstand erreichen und mitbestimmen

(Fortsetzung von Seite 1)

Beispiel, ebenfalls in Fortsetzung des schon eingeschlagenen Weges, die Lehre auf dem Gebiet der Technologie so zu verändern, daß sich der Übergang vom Diktum des Ingenieurs in einzelne Maschinen zum Denken in Maschinensystemen vollzieht.

Dazu müssen wir aber die Studenten frühzeitig und konsequenter als die eigene wissenschaftlich-schöpferische Tätigkeit durch aktive Beteiligung an den strukturbestimmenden Forschungsarbeiten heranzuführen. Es steht vor uns vor allem die Aufgabe, noch in diesem Studienjahr das wissenschaftlich-produktive Studium, das trotz aller Einzelerfolge bisher noch nicht ein organischer Bestandteil des gesamten Ausbildungsprozesses war, konsequent einzuführen.

In diesem Zusammenhang ergibt sich auch die Aufgabe, die Heranbildung von Spitzenkräften und zugleich für die Erzielung von Spitzenleistungen in der Forschung des Forschungsstudiums sorgfältiger als bisher vorzubereiten, quantitativ und qualitativ auszubilden und dafür zu sorgen, daß die Sektionen schon in den nächsten Monaten ihre besten Studenten für die Aufnahme des Forschungsstudiums im kommenden Jahre gewinnen und sie ganz konzentriert an den strukturbestimmenden Forschungsarbeiten beteiligen.

Selbstverständlich lassen sich die großen vor uns stehenden Aufgaben in der Lehre nur verwirklichen, wenn die in der Diskussion um die Hochschulreform gezeigten sehr positiven Initiativen des sozialistischen Jugendverbandes weiterentwickelt werden, und wir dazu kommen, daß die Studenten immer mehr zu echten

Partnern der Hochschullehre in den Sektionen werden.

Gemeinsam muß auf dieser Basis das sozialistische Bewußtsein so entwickelt werden, daß jeder, Professor und Student, klar erkennt, daß seine Hauptaufgabe, wie Genosse Walter Ulbricht betonte, in der Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus vor allem darin besteht, durch die Erzielung von Spitzenleistungen auf seinem Spezialgebiet die Republik allseitig stärken zu helfen.

Frage: Welche Aufgaben ergeben sich Ihrer Meinung nach für die Weiterbildung der Instruktorin und auch der Hochschullehrer?

Prof. Dr. Weilmannst: Diese Frage wurde auf der Staatssitzung ganz besonders Aufmerksamkeit gewidmet, weil auf diesem Gebiet in der Vergangenheit und auch an unserer Hochschule einiges vernachlässigt worden ist. Mit der einseitigen marxistisch-leninistischen Weiterbildung aller unserer Hochschullehrer haben wir gewiß einen wesentlichen Schritt nach vorn getan. Auch die vorgesehenen Weiterbildungsveranstaltungen auf dem Gebiet der sozialistischen Leitungs- und Organisationswissenschaften sind ein wichtiger Beitrag.

Wir müssen uns aber darüber im Klaren sein, daß das alles noch nicht ausreicht. In Zukunft wird es notwendig sein, alle Angehörigen des Lehrkörpers und alle wissenschaftlichen Mitarbeiter waffenhaft in den Fragen des Marxismus-Leninismus, der sozialistischen Leitungs- und Organisationswissenschaften und vor allem konkret und absehbar zu weiterzubilden, daß sie jederzeit auf der Höhe der neuesten Erkenntnisse stehen und imstande sind, sie den Studenten zu vermitteln. Es muß uns allen völlig klar

werden, daß die Weiterbildung der Hochschullehrer einer der entscheidendsten Hebel zur Weiterführung der Hochschulreform ist.

Das ist aber nur eine Seite der Weiterbildung. Eine andere, ebenso wichtige besteht darin, daß wir konsequent alle Hochschulabsolventen und Industriekader in systematischen Weiterbildungsveranstaltungen einbeziehen, damit sie im Laufe ihrer Tätigkeit in der Praxis ständig auf der Höhe des Wissens bleiben. Das beinhaltet den Aufbau eines organisierten Weiterbildungs für die in der Praxis tätigen Kader, vor allem auf dem Gebiet der Technologie, der Verarbeitendemaschinen und der Elektronik.

Auf der Staatssitzung wurde ganz von Genossen Prof. Hager die Forderung gestellt, die bisherigen Formen des Abend- und Fernstudiums neu zu durchdenken. Es kann nicht mehr gehen, daß wir Ingenieure, die schon erfolgreich ein Fachstudium abgeschlossen haben, in einem Abendstudium über 3 Jahre und langsame Diplome führen. Es muß vielmehr möglich sein, dieses Abend- oder Fernstudium so zu konzentrieren, daß eine spezielle, hochqualifizierte fachliche Weiterbildung der Ingenieure in kürzerer Zeit möglich ist.

Frage: Ihre bisherigen Ausführungen zeigen, daß an unserer Hochschule umfassende Aufgaben bei der Weiterführung der Hochschulreform zu lösen sind. Das erfordert doch eine sehr gründliche Vorbereitungsarbeit und qualifizierte Leitungstätigkeit?

Prof. Dr. Weilmannst: Der Ausgangspunkt für alle Maßnahmen bei der Weiterführung der Hochschulreform muß die prognostische

Arbeits sein, die an der Hochschule selbst zu leisten ist, und die Auswertung und Ansohpfung der prognostischen Ansätze unserer Industriepartnern. Ausgehend davon wurde ja bereits durch die neugeschaffene Funktion eines Prorektors für Prognose und Wissenschaftsentwicklung diesen Forderungen stärker Rechnung getragen.

Es wird an der TH auch eine Kommission für Prognose und Wissenschaftsentwicklung gebildet, welche die Hauptlinien der Entwicklung in Lehre und Forschung unserer Hochschule ausarbeitet. Diese Arbeit ist in sehr engem Zusammenwirken mit den Industriepartnern der beiden Ministerien zu leisten. Für die TH Karl-Marx-Stadt steht dabei die in den nächsten Jahren notwendige stürmische Erweiterung im Vordergrund, wobei der Vorsitzende des Staatrates anregte, daß wir uns hier Gedanken darüber machen sollen, wie wir unsere Hochschule noch schneller ausbauen können, um vor allem den steigenden Bedürfnissen an Kadern und Forschungskapazität auf dem Gebiet der Elektronik im Bereich der Datenverarbeitung und der Elektronik im Zusammenhang mit der Namerck gerecht zu werden.

Die wichtigste Bedeutung der TH Karl-Marx-Stadt kommt meines Erachtens auch in der ehrenvollen Bestellung von zwei Hochschulangehörigen in die neugebildete Kommission des Staatrates zum Ausdruck. Diese Kommission, die unter Leitung des Genossen Prof. X. Hager steht, wird ein zentrales Dokument für die Weiterführung der Hochschulreform ausarbeiten, und dabei werden der zielstrebigste Aufbau und die weitere Profilierung unserer Hochschule einen wichtigen Platz einnehmen.